Tag der Demokratie in Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 05.03.2024 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, insbesondere die zuständigen Wiener Stadträte, Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal, Jürgen Czernohorszky und Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Christoph Wiederkehr werden ersucht, mögliche Vorschläge anzubieten, wie im Bezirk Margareten, im Rahmen der European Capital of Democracy 2024/25 einen Tag der Demokratie begangen werden kann.

Über de Ergebnisse von Seiten der zuständigen Magistratsdienststellen soll in der Kommission für Bildung und Generationen berichtet werden.

Begründung

Wien ist Europäische Demokratiehauptstadt 2024/25

In einem zweistufigen Abstimmungsverfahren wurde die Stadt Wien von europäischen Expert:innen und Bürger:innen zur „European Capital of Democracy 2024/25" gewählt. Der Titel ist eine Anerkennung für herausragende demokratische Bemühungen und setzt den Rahmen für ein „Demokratiejahr" mit Fokus auf demokratiestärkende Veranstaltungen, Initiativen und Projekte in Wien. Im Spätherbst 2024 übernimmt Wien somit den Titel von der amtierenden Demokratiehauptstadt Barcelona, die bis dahin noch Austragungsort des Demokratiejahres 2023/24 ist.

(Quelle: https://presse.wien.gv.at/presse/2023/12/12/wien-ist-europaeische-demokratiehauptstadt-2024-25)

"Demokratie verteidigen": Zehntausende bei Demo gegen Rechtsextremismus in Wien

In den vergangenen Wochen gingen in Deutschland Millionen Menschen auf die Straße. Sie demonstrierten gegen Rechtsextremismus und für Demokratie. Nun wird auch in Österreich demonstriert: Unter dem Motto „Demokratie verteidigen – gegen Faschismus & Rassismus" fand am 26. Jänner 2024 eine Demo gegen rechts in Wien statt. Auslöser für die Demonstrationen in Deutschland war ein investigativer Bericht der Rechercheplattform „Correctiv". Im November 2023 trafen sich demnach Rechtsextreme – darunter auch hochrangige Parteimitglieder der „Alternative für Deutschland" (AfD), Neonazis und Unternehmer – und planten die Vertreibung von Menschen aus Deutschland. Menschen, die nicht dem Weltbild der Teilnehmer:innen entsprechen, sollen aus Deutschland vertrieben werden. Auch jene mit deutscher Staatsbürgerschaft. AfD und FPÖ arbeiten immer wieder eng zusammen und sind gemeinsam mit anderen weit rechts stehenden Parteien in einer